



Gorleben Rundschau

Wir sind die Wendeln: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft

I-III/2019 • #1069



König

Zwischen der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg und dem Präsidenten des Bundesamts für kerntechnische Entsorgungssicherheit ist ein obskurer Streit ausgebrochen.

Bauer

Vor 40 Jahren startete der legendäre Treck der wendländischen Bauern in die Landeshauptstadt Hannover. Diesem Zug von Traktoren wird nun in zwei Ausstellungen gedacht.

Edelmann

Der Film Wackersdorf zeigt den Werdegang des Schwandorfer Landrats Hans Schuierer vom Atom-Befürworter zum kompromisslosen Kämpfer für Recht und Gerechtigkeit.

Grußwort

Albrecht, wir kommen!

Ist es tatsächlich schon 40 Jahre her, dass wir zum Treck nach Hannover aufgebrochen sind?

Uns von der Bäuerlichen Notgemeinschaft hat es damals überrascht, wie viele Trecker und Leute kamen, um den Treck zu begleiten: Allein in Lüchow waren es 350 Schlepper und 5000 Menschen aus allen Bevölkerungsschichten! Das war der Erfolg unseres langen Einsatzes, von Haus zu Haus zu gehen und Berufskollegen und Freunde zum Mitfahren aufzufordern. Und auch wir Bauern haben gelernt, dass wir im Widerstand nur etwas erreichen können, wenn alle gesellschaftlichen Gruppierungen gemeinsam an einem Strang ziehen. Eine Woche wurde jeden Tag im regionalen Sender über den Treck berichtet. Durch den Atomunfall in Harrisburg wurde die Aufmerksamkeit zwar noch größer. Aber die Fahrt war mühsam: Das Wetter war schlecht, die Trecker viel unkomfortabler als heute. Es gab viele gute Gespräche, aber eben auch kurze Nächte.

Doch dann die Ankunft: Die Hannoveraner und die Demonstranten hatten wohl noch nie so viele Trecker gesehen und waren begeistert. Es war toll, durch die eng stehende und jubelnde Menschenmenge zu fahren. Alle Strapazen waren vergessen, wir hatten das Gefühl, das Richtige zu tun. Und das Selbstbewusstsein, unsere Forderungen dem Ministerpräsidenten Albrecht persönlich auf den Tisch zu knallen.

Inzwischen haben wir den ursprünglichen Plan, in Gorleben ein atomares „Endlager“ zu errichten, vorerst verhindern können. Das bedeutet nicht, dass wir gewonnen hätten. Denn der Standort Gorleben, in den schon Milliarden investiert wurden, steht weiterhin ganz oben.

Das macht den Widerstand nicht einfacher: Die kritische Begleitung des Standortauswahlprozesses braucht viel Zeit, Energie und Fachwissen. Aber wir müssen uns darauf vorbereiten, dass schon 2020 unsere Region erneut als geeignet für den Endlagerbau eingestuft wird.

In diesem Sinne: „Niemals aufgeben“ – sondern weitermachen!

Hans-Werner Zachow



Wohnen Sie eigentlich schön in Ihrem Teilgebiet? Wenn Sie jetzt nicht wissen, wovon hier die Rede ist, dann wäre es möglich, dass Sie sich langsam mal Gedanken machen sollten. Ein Teilgebiet wovon, fragen Sie sich vermutlich. Aber schon wieder falsch: ein Teilgebiet wofür, müsste Ihre Frage lauten. Derzeit ermittelt die Bundesgesellschaft für Endlagerung „mit beschränkter Haftung“, die neulich noch eine private Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern im überwiegenden Besitz der vier großen Atomkonzerne war, nämlich Gebiete, die günstige geologische Voraussetzungen für die sichere Endlagerung hochradioaktiver Abfälle erwarten lassen. Und weil Sie jetzt schon was dazu gelernt haben, stellen Sie natürlich gleich die richtigen Fragen: Was um Himmels Willen ist „sicher“, was bitte schön ist „günstig“ und wo in Teufels Namen ist so ein „Gebiet“?



Martin Donat,
Vorsitzender der
BI Lüchow-Dannenberg

Nun sollen wir Bürger/-innen in Zukunft ja „ganz von Anfang an beteiligt“ werden, aber diese drei Fragen vergessen Sie mal ganz schnell wieder, denn bei Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen und geowissenschaftliche Abwägungskriterien haben

Sie ohnehin gar nichts mitzureden. Die sind nämlich längst gesetzliche Grundlage dieses Verfahrens. Und die vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen, die dann schon Mitte 2020 zur Ermittlung von Standortregionen für die übertägige Erkundung durchgeführt werden sollen, die überlassen Sie auch lieber getrost der Expertokratie. Die haben die Methodik dafür ja schließlich 40 Jahre lang gründlich in Gorleben erprobt. Aber sollten Sie nun unruhig werden, weil Sie meinen, tatsächlich in einem solchen Teilgebiet zu wohnen, dann machen Sie sich jetzt bitte keine ernsthaften Sorgen. Sie werden dann ja demnächst sicher in eine Teilgebietskonferenz eingeladen und bekommen dort bei Kaffee, bunten Präsentationen und modernen Moderationstechniken ausreichend Gelegenheit, den Zwischenbericht des Vorhabenträgers in höchstens drei Terminen innerhalb von sechs Monaten zu erörtern. Aber bitte verzögern Sie dann das Verfahren nicht durch unnötige Fragen, Forderungen oder gar Kritik und vor allem: Stellen Sie das Verfahren selbst bitte nicht in Frage! Sonst wäre es möglich, dass man Ihre Einwände nicht mehr als konstruktive Kritik werten könnte und dann wäre das zuständige Bundesamt natürlich genötigt, den unproduktiven Konflikt durch eine Entscheidung zu beenden. Sie merken es hoffentlich schon: dieses Editorial wurde wohl für die närrischen Tage geschrieben...

Impressum

42. Jahrgang

Ausgabe 1069

Januar, Februar, März 2019

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Kontakt

Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
Telefon: 05841-4684

Mail und Internet

service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben

Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)

Andreas Conradt (ac)
Torsten Koopmann (kp)
Adresse wie vorstehend

Redaktion

Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh),
Axel Kahrs (ak), Torben Klages (tk), Nora
Krohn (nk), Helga Wallat (hw), Jan Becker (jb)

Produktion

Layout: Andreas Conradt
Korrektorat: Helga Wallat

Druck, Papier, Farben

dieUmwelt Druckerei GmbH, Hannover
Recyclingpapier: Circle Silk Premium White
Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Weitere Text- und Bildrechte

wie namentlich gekennzeichnet

Copyright, Syndication



-in mit dem Zusatz „/Gorleben Rundschau“ frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

ACHTUNG: Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de



Birgit Huneke

www.Gorleben-Archiv.de

Unsere Geschichte

Undine von Blottnitz war Mitbegründerin der BI Lüchow-Dannenberg und der Bäuerlichen Notgemeinschaft und 1977 eine der Ersten, die ihre Stimme gegen die Lagerung von atomarem Müll in Gorleben erhoben hat. Sie hat für die Grünen und für ihre Region gestritten, verhandelt und demonstriert. Unerschrocken und geradeaus machte sie Politik. 1979 wurde Undine das erste Mal verurteilt. Gemeinsam mit ihrem Mann Fritz hatte sie an Blockaden teilgenommen. Später warteten auf Undine neue Aufgaben. Zwei Wahlperioden im EU-Parlament, Fachgebiet: Anti-Atom- und Energiepolitik, Verbraucherschutz und Ökologie. Als sie in Straßburg als Parlamentarierin einzog, war auch die Bäuerliche Notgemeinschaft beim Empfang dabei. Am Ende des Abends überredeten die Landwirte das Personal, sich vom üppigen Buffet Proviant für die lange Heimreise mitnehmen zu dürfen. Undine vertraute drauf, dass wir es schaffen. „Es geht zwei Schritte vorwärts und dann eindreiviertel wieder zurück, und mit diesen Viertelschrittchen müssen wir leben.“ Das Bundesverdienstkreuz am Bande nahm sie stellvertretend für den Widerstand entgegen. Undine wurde, trotz Diplomatenausweises, während der Wendlandblockade 1984 mit anderen eingekesselt, in einem Bus verfrachtet und hinter Uelzen ausgesetzt. Anderen Aktionen waren nicht weniger aufregend, wenn sie zum Beispiel ihren kostbaren Schmuck im Wald verloren hatte. Am 3. März 2001 ist sie im Alter von 64 Jahren gestorben. Bis zum Schluss war sie aktiv – nicht nur auf den Schienen. 2010 bauten hiesige Zimmerleute eine Schutzhütte auf dem Salinas Gelände: die Undine-von-Blottnitz-Hütte. (bh)

Gorleben I

BI fordert Begleitgremium für die Zwischenlagerdebatte

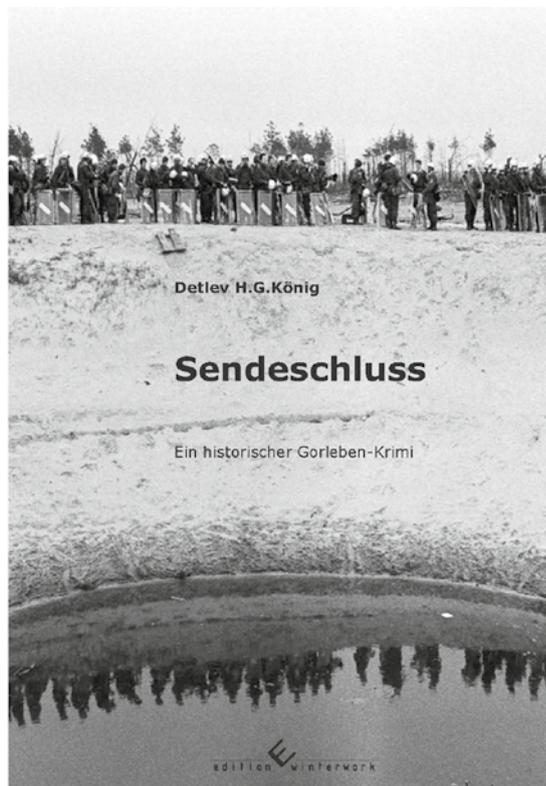
Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) fordert neue Genehmigungsverfahren für verlängerte Standzeiten des Atommülls in Zwischenlagern. Die Zulassungen der ersten Zwischenlagergeneration wie in Gorleben und Ahaus laufen schon 2034 und 2036 aus. „Es muss auch ein öffentliches Begleitgremium geben, um Schwachpunkte des Zwischenlagerungskonzeptes zu identifizieren und um ein Mehr an Sicherheit zu erzielen“, unterstreicht BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. „Die Absage an diese Forderung durch den neuen Chef der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung, Dr. Ewald Seeba, ist für uns nicht nachzuvollziehen.“ Seeba hatte sich in Gartow auf einer öffentlichen Ratssitzung entsprechend negativ geäußert. Die BI verweist auf das Statement von Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth, der bei seinem Auftritt im Atomausschuss des Kreistags im Herbst 2018 versicherte, dass für sämtliche Genehmigungs- und Planungsverfahren eine Umweltverträglichkeitsprüfung mit allen damit verknüpften Rechten vorgeschrieben ist. Auch das „strategische Vorgehen“ werde öffentlich diskutiert, sagte Flasbarth damals, als an ihn die Forderung nach einem Begleitgremium herangetragen wurde. Dieses Ansinnen wurde nun von Seeba ausdrücklich abgelehnt. „Die Sicherheitskonzepte

für die Zwischenlager sind diskutiert“, spielte er auf die gerade erst in Umsetzung befindlichen Umstellungen der Zwischenlager auf dezentralen Betrieb und die staatliche Betriebsführung an. „Die Zwischenlager sind da und in Betrieb. Da sehe ich keine Notwendigkeit für ein Begleitgremium“, zitiert ihn das Internet-Portal wendland-net.  Die BI widerspricht: „Allein die Tatsache, dass jetzt in Ahaus und Gorleben die Castorhallen mit 10 Meter hohen Mauern verstärkt werden, ist als Eingeständnis zu werten, dass nicht mehr allein die Behälter den Schutz vor Anschlägen gewährleisten.“ Das sei ein gutes Beispiel dafür, dass die beharrliche Kritik der Öffentlichkeit Sicherheitsdefizite offengelegt hat. Die gesamte Debatte sei gekennzeichnet von „Nachbesserungen“, angefangen von der Behältersicherheit bis hin zu der Lagerhallenkonstruktion. (pm)

Gorleben II

Sendeschluss Ein historischer Krimi

Knapp 40 Jahre nach der Räumung der besetzten Bohrstelle 1004 im Wendland erschien im Oktober 2018 der Krimi „Sendeschluss“ von Detlev H.G. König . Vor dem Hintergrund der Entscheidung des damaligen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht, in Gorlebens Salzstöcken ein Lager für radioaktive Abfälle bauen zu lassen, beschreibt König das Leben seines Protagonisten Malte. Schon in seinem ersten Krimi „Heute keine Sieger“ (edition winterwork, 2017) über die Moorfleet-Aktion 1981 stellt König den Taxifahrer vor. Diesen Job macht Malte auch im neuen Buch. Er lebt jetzt bei Dagmar, die für den NDR aus Gorleben berichtet. So pendelt Malte zwischen Altona und Wendland und erlebt den Bau und die Räumung des Hütten dorfs – und einige kriminelle Handlungen im Umfeld. Der letzte Teil der Trilogie (vorauss. 2019) wird Malte in den Polizeiknast des Hamburger Kessels führen. (pm) Detlev H.G. König, Sendeschluss, edition winterwork, ISBN 9783960145028, 5,90 Euro

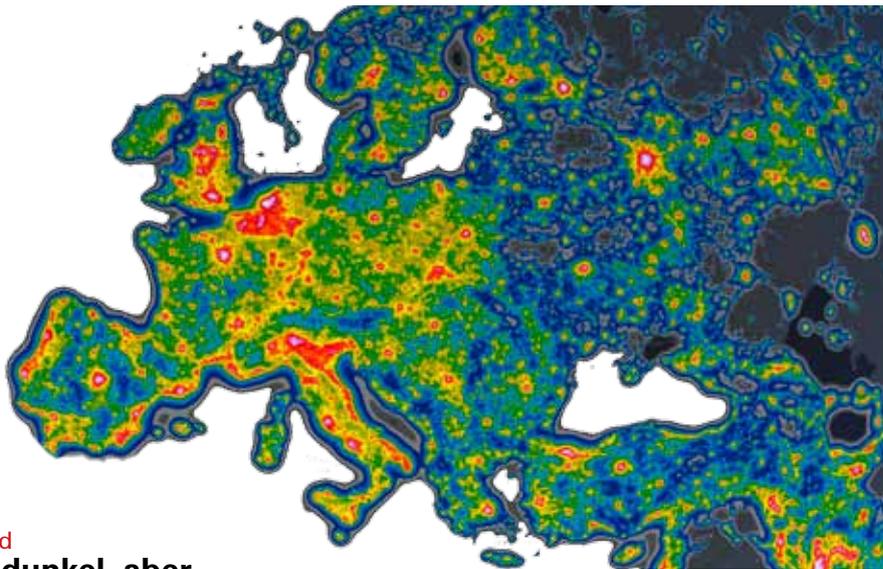


Gorleben III

Fonds ohne Boden?

Mit einem Fragenkatalog hat sich die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) an den Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung („Atomfonds“) gewandt. Sie möchte wissen, wie weit das Geld reicht, das von den AKW-Betreibern für die Zwischenlagerung und die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in den „Atomfonds“ eingezahlt wurde? Denn wie sorgfältig, wissenschaftsbasiert und fair mit den nuklearen Hinterlassenschaften der Atomkraft-Ära in Deutschland umgegangen wird, sei nicht zuletzt eine Frage des Geldes. „Müssen wir uns vielleicht eines Tages anhören, dass aus Kostengründen nur ein weiterer Standort neben Gorleben untertägig untersucht werden kann?“, fragt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Zwar seien die Betreiber der ehe-

mals 25 deutschen Kernkraftwerke ihrer gesetzlichen Verpflichtung 2017 nachgekommen und hätten 24,1 Milliarden Euro in den „Atomfonds“ eingezahlt, der die langfristige Finanzierung der Endlagersuche und die Zwischenlagerung des deutschen Atom Mülls sicherstellen soll. Damit ist dieser Fonds die größte öffentlich-rechtliche Stiftung in Deutschland. Diese Summe sei jedoch nur der Grundstock und am Kapitalmarkt zu vermehren – was schon im ersten Jahr gründlich misslang: 39 Millionen Euro wurden als Folge der Niedrigzinspolitik verloren. Die Kosten für die Atom Müllentsorgung beliefen sich ohnehin auf ein Vielfaches des Kapitalstocks. Am Ende müssten die Steuerzahler für die Atompolitik aufkommen, so Ehmke. Die BI möchte nun wissen, wie die Bilanz für das Jahr 2018 ausfiel. Und sie fordert Transparenz für die Mittelvergabe: „Auf welchen Wegen fließt das Geld an die Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) und die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE)? Gibt es längerfristige Haushaltspläne dieser Firmen und wer prüft diese und deren Arbeitsaufwand? Und welcher Zeithorizont wird durch den Mitteleinsatz abgesichert?“ (gr)



Wendland

Schön dunkel, aber ...

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg geht offensichtlich sehr sparsam mit Licht um. Das zeigen Karten des Geoinformationssystems der Firma ESRI. Zwischen Boizenburg, Ludwigslust, Dömitz, Hitzacker und Bleckede herrscht geringe Besiedlungsdichte, eine ausreichende Entfernung zu Großstädten und ein „disziplinierter Einsatz“ der Straßenbeleuchtung, was der Region einen nahezu natürlichen Nachthimmel beschert. Universe-2go hat eine „Top 10“ der zehn Orte in Deutschland ohne Lichtverschmutzung zusammengestellt, darunter sind Teile des Biosphä-

renreservats Niedersächsische Elbtalauen. Der klare Himmel über der Görhde – fernab von der Lichtverschmutzung großer Städte – lädt zum Beispiel in den langen Winternächten dazu ein, die Sterne zu beobachten. Es gibt bereits Pläne für ein „Sternparadies Elbtalau“ und sogar die Idee, das Wendland als „Sternpark“ zu zertifizieren. Darin liegen auch wirtschaftliche Chancen: Im Sommer besuchen bekanntlich viele KLP-Tourist/-innen die Region, im Winter könnten Beobachter/-innen von Sternen kommen. Ein Ort allerdings stört das Idyll: Gorleben. Dort, wo niemand wohnt, befindet sich der hellste Fleck im Landkreis, der den Nachthimmel noch im 10 Kilometern Umkreis erhellt. Ein „Lichtblick“ dürfte der angekündigte Rückbau der oberirdischen Anlagen sein  ³. Dann könnten auch einige der vielen Lampen ausgeschaltet werden. (jb)



Torben Klages

BI-BÜro

Aktion und Politik

„BI on tour“ könnte das Motto der letzten Monate gelautet haben. Mit vier Busreisen zu verschiedenen Themen begaben sich die Wendländer/-innen auf eine Art Demo-Rundreise. Der Startschuss fiel Anfang September mit der Reise nach Hannover zu einer Demonstration gegen das geplante, neue niedersächsische Polizeigesetz. Mit 15000 Teilnehmer/-innen wurde die Demo zu einem großen Erfolg. Anfang Oktober reisten dann Wendländer/-innen in den Hambacher Wald. Unter dem Motto „Wald retten – Kohle stoppen!“ fanden sich über 50000 Menschen um den Hambacher Wald herum ein und zelebrierten einen unübersehbaren, bunten und friedlichen Protest gegen den Energiekonzern RWE und das Festhalten an der Kohleverstromung. Direkt im Vorfeld zu der Demo kippten die Veranstalter/-innen noch ein eiligst ausgesprochenes Demo Verbot und auch die Klage des BUND gegen die Abholzung des Hambacher Waldes wurde vorerst positiv für alle Umweltaktiven beschieden. Trotz des enorm weitläufigen Areals, das die Teilnahme zu einer Wandertour werden ließ, war es für viele Teilnehmende der „Demo-Höhepunkt“ des Jahres. Bunt und wahrnehmbar ging es dann Ende Oktober in der Region Salzgitter weiter. Lokale und bundesweite Initiativen initiierten einen Anti-Atom-Treck vom Bundesamt für Strahlenschutz in Salzgitter zur Bundesgesellschaft für Endlagerung in Peine. Auf der 30 Kilometer langen Strecke waren auch Fahrradfahrer/-innen, ein Transp(i)orter und einige PKW sowie Motorräder aus dem Wendland.

(Fortsetzung auf Seite 7)



Andreas Conradt

Editor's Corner
Kehrtwende

Wenn sich die SPD mit ihrem Vorhaben durchsetzt, das heutige Hartz-IV zu ersetzen durch das so genannte Bürgergeld, dann könnten dereinst ausgerechnet auch diejenigen wirtschaftlich besser gestellt werden, die immer so lautstark und bisweilen gewalttätig gegen Ausländer hetzen und in Immigration einen Angriff auf den Sozialstaat sehen: niedrig qualifizierte und daher überdurchschnittlich häufig arbeitslose, so genannte besorgte Bürger. Auf deren Krakelen hin hat die Bundesregierung die Willkommenskultur des Jahres 2015 ins genaue Gegenteil gedreht und folgt nun der Linie anderer EU-Staaten, die in Abschottung ihr Heil sehen. Doch nun lauert – und man mag's mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen – Gefahr von ganz anderer Seite: Eine Studie im Auftrag ausgerechnet der Bertelsmann-Stiftung hat kürzlich zu Tage gefördert, dass die bundesdeutsche Wirtschaft ohne eine Zuwanderung von jährlich mindestens 260 000 Migranten kaum wettbewerbsfähig bleiben kann. Dabei ist Zuzug in zunehmenden Maße auch aus Nicht-EU-Staaten nötig. Um vor allem China Paroli bieten zu können, suchen Betriebe händeringend nach Fachkräften, die sie hier in auseichender Zahl nicht mehr finden. Sie mögen's aus Profitinteresse tun, doch trägt eine stabile Wirtschaft, jedenfalls in dem System, in dem wir derzeit leben, auch zum relativen Wohlstand derer bei, die an nämlicher Wirtschaft gar nicht produktiv teilnehmen. Mit ihrer kürzlich geäußerten Forderung stehen Industrie und Wirtschaftsverbände im Gegensatz zu dem, was die besorgten Bürger beschimpft und die Regierung gerade abgeschafft haben. Die schlichte Forderung lautet: Willkommenskultur! (ac)

Forschung
Neue Studie zu Atommülllagern

In einer neuen Studie ⁴ haben Forscher die Möglichkeiten zur Lagerung radioaktiver Abfälle in sieben Ländern untersucht: USA, Japan, Frankreich, Belgien, Großbritannien, Finnland und Schweden. Sie kamen zu dem Schluss, dass die meisten Lagerorte nur unzureichend gesichert und gegenüber Naturkatastrophen oder Unfällen verwundbar sind. Die Lagerung von atomaren Abfällen sei eine der größten Herausforderungen, wenn es um Atomenergie geht. Lange Zeit habe man es für sicher gehalten, die Abfälle unterirdisch zu lagern, aber das sei keine Sicherheitsgarantie. Laut Greenpeace zeigten alle untersuchten Lagerstätten Strahlenecks, die eine Gefahr für die Umwelt darstellen. Schlimmer noch sei, dass viele der Lagerstätten an Orten lägen, die von Naturkatastrophen bedroht

seien. So bauten die USA aktuell an einer Lagerstätte im Bundesstaat Nevada, und zwar an einem Ort, der sowohl von seismischer als auch von vulkanischer Aktivität bedroht sei. In ihrem umfassenden Bericht kommen die Forscher zu dem Schluss, dass dringend wirklich sichere Lagermöglichkeiten für nukleare Abfälle gefunden werden müssen. Sie würden auch noch ein Thema sein, wenn die Menschheit sich schon lange von der Atomenergie abgewandt habe. (pm)

E.on sollte das AKW Grohnde endlich abschalten. Mit dem Aufbrauchen der eigenen Strom-Produktionsrechte ist das Kraftwerk am Ende seiner vorgesehenen Betriebszeit angekommen. Diese nun künstlich durch eingeklagte Reststrommengen aus längst abgeschalteten Reaktoren zu verlängern, ist nicht im Sinne des Atomausstiegs. Für die Stromversorgung wird Grohnde nicht mehr benötigt

Jochen Stay, Sprecher von .ausgestrahlt

Wendland
Kreistag Lüchow-Dannenberg folgt Atomkraftgegnern



Der Kreistag Lüchow-Dannenberg hat Ende vergangenen Jahres ein von Atomkraftgegnern verfasstes Positionspapier ⁵ zur Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle unterzeichnet. Zuvor fiel das Abstimmungsergebnis im Kreistag einstimmig aus! Dem Papier zufolge werde die Suche nach einem langfristigen Atommülllager deutlich länger dauern als mit Inbetriebnahme der Zwischenlagerhallen geplant. Das bisher in Deutschland verfolgte Konzept der Zwischenlagerung hochradioaktiven Mülls, das für 40 Jahre vorgesehen war, sei damit gescheitert. Neue Konzepte für eine längerfristige Zwischenlagerung seien dringend erforderlich. Angesichts der Dauer und Tragweite dieser Zwischenlagerung sei die Gesellschaft frühzeitig an der Diskussion und der Entwicklung dieser neuen Konzepte zu beteiligen. Das Papier sei kein Plädoyer für eine dauerhafte Oberflächenlagerung hochradioaktiver Abfälle, so die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg.

Doch auch bis zur Beendigung der Oberflächenlagerung müssten die Abfälle „so sicher wie möglich“ gelagert werden. Dass sie das heute nicht sind, zeige exemplarisch das Zwischenlager Brunsbüttel: Wegen Sicherheitsmängeln wurde dort die Betriebserlaubnis entzogen. Derzeit lagern mehr als 1000 Castor-Behälter mit hochradioaktiven Abfällen in den zentralen Zwischenlagern in Ahaus, Gorleben und Lubmin sowie in den dezentralen Zwischenlagern in Jülich und an 12 AKW-Standorten. Die Anzahl der Castor-Behälter wird bis zum vollständigen Ausstieg sogar noch auf etwa 1900 anwachsen. (jb)

Auslands-Castoren

Lager-Kampf – Niederaichbach gegen Gorleben

Die Bundesregierung ist zur Rücknahme von radioaktivem Atom-müll aus England und Frankreich verpflichtet und hat beschlossen, einige der 26 fraglichen Castoren im Brennelementebehälterlager in Niederaichbach in Bayern einzulagern. Die entsprechenden Anträge wurden bereits gestellt. Dagegen regt sich nun Widerstand ⁶ mit dem Ziel, die strahlende Fracht – wie vor dem Aussetzen der Castortransporte 2012 – nach Gorleben zu bringen. Der Landkreis Landshut, der Markt Essenbach und die Gemeinde Niederaichbach betonen, dass das Brennelementebehälterlager Niederaichbach für die Einlagerung nicht zur Verfügung steht, da die Sicherheits-einrichtungen für einen eventuell undichten Fremdcastorentyp nicht vorhanden seien.

Deshalb möchte die Gemeinde, dass besagte Castoren dort eingelagert werden, wo alle bisher zurückgelieferten Atommüllfuhren eingelagert wurden, nämlich im Zwischenlager Gorleben in Niedersachsen. Dieses Zwischenlager sei eigens dafür geplant, genehmigt und gebaut worden. In Gorleben bestünden ausreichend Einlagerungskapazitäten, und das Lager besitze mit der Pilotkonditionierungsanlage eine „heiße Zelle“, die für Reparaturen des verwendeten Castorentyp ausgerichtet sei. Die Gemeinde Gorleben akzeptiere die Aufnahme der Castoren in das dortige Zwischenlager, und es seien ausschließlich politische Egoismen, die diese „einfache Lösung“ behinderten. Die Gemeinde Niederaichbach hat einen Rechtsanwalt beauftragt, die Änderungsgenehmigung für die Einlagerung von Fremdcastoren zu verhindern. Außerdem wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um weiteren für die Gemeinde Niederaichbach negativen Entwicklungen direkt entgegenzuwirken, sowie dem Rechtsanwalt zuzuarbeiten. Flankiert werden diese Maßnahmen der Lokalpolitik durch eine Unterschriftenaktion in der Bevölkerung, bei der schon rund 20 000 Bürger/-innen unterzeichnet haben. (ac)

**Sommerurlaub
Tour de Natur**

Die diesjährige Tour de Natur ⁷ führt Ende Juli bis Anfang August von Hamburg über Lüneburg nach Dannenberg und weiter Richtung Schwerin, Rostock, Greifswald. Übergeordnetes Thema der politischen Fahrradtour wird die Klimakrise sein. In diesem Rahmen stehen verschiedene Energie- und Verkehrsthemen auf der Agenda, aber auch die Auswirkungen beispielsweise auf die Landwirtschaft. Im Wendland soll zudem die Atommüllproblematik thematisiert werden.

Die Tour de Natur ist eine zweiwöchige Fahrraddemonstration mit bis zu 200 Teilnehmer/-innen. Mit von der Partie sind Menschen aus allen Teilen Deutschlands und auch ein paar aus verschiedenen Nachbarländern.

Die Tour der Natur wird ehrenamtlich organisiert und finanziert sich zum allergrößten Teil über die Tourbeiträge, die sozial gestaffelt sind. Kinder radeln sogar kostenlos mit.

Während der Reisen wurden in den letzten Jahren immer wieder Atomthemen angeschnitten: „Wir waren an den anderen ‚Atomklos‘ im Braunschweiger Land“, so die Veranstalter/-innen, „und haben uns am AKW Unterweser mit dem Thema Rückbau von AKWs befasst.“ 2017 ging die Tour gar über die Grenze nach Frankreich zum AKW Fessenheim. Auch das Wendland lag schon auf der Route: 2009 und 2011 gab es Stopps unter anderem in Gorleben. In diesem Jahr führt die Umweltradtour vom 20. Juli bis 3. August von Hamburg über das Wendland bis nach Greifswald. Mitradeln kann jede/-r – auch einzelne Etappen. Infos per Telefon: 0351-4943354 (ac)



Torben Klages

BI-BÜRO

Aktion und Politik

(Fortsetzung von Seite 5)

Die BI hatte eigens einen Bus mit Anhänger angemietet, um die Delegation aus dem Wendland mitsamt der Räder nach Salzgitter bringen zu können. Den vorläufigen Abschluss bildete die Teilnahme an der Demonstration „Kohle stoppen – Klimaschutz jetzt!“ Anfang Dezember in Berlin. Der große BI-Info-stand und eine Reisegruppe aus dem Wendland mischten sich unter die Aktion vorm Kanzleramt.

Direkt im Anschluss brach unsere „Don't nuke the climate“-Delegation zur Weltklimakonferenz in Kattowice nach Polen auf. Höhepunkte waren die Unterzeichnung einer Petition von Bundesumweltministerin Schulze, die ein Wieder-aufleben der Atomkraft im Klimakontext ausschließen sollte und das „reframing“ einer Pro-Atom-Kundgebung, bei der mit Anti-Atom-Fahnen und Redebeiträgen die öffentliche Wahrnehmung in eine Anti-Atom-Kundgebung gewandelt werden konnte. Dagegen war der Info-stand auf dem Weihnachtsmarkt in Gartow bei Gorleben Heimspiel und Kinderspiel zugleich. Das Jahr 2019 begann, wie in den Vorjahren, mit dem Neujahrsempfang an den Atomanlagen in Gorleben. Rund einhundert Menschen versammelten sich, um ein klares Zeichen zu setzen, dass auch im Widerstandsjahr Nummer 42 der Protest nicht eingeschlafen ist. Der Februar stand im Zeichen vieler Treffen und Konferenzen, die für eine Vernetzung und aktuelle Informationen unerlässlich sind. In alle Richtungen der Republik schwärmten die BI-Aktiven aus, um gemeinsame Positionen abzustimmen und neue Aktionen auf den Weg zu bringen. (tk)

**In Deutschland
ist eine
Eiszeit (...)
nicht
unwahrscheinlich.
Das muss man
bei der
Standortbestimmung
einplanen.**

**Dr. Jörg Tietze
Bereichsleiter
Standortauswahl
bei der BGE**



Das Zwischenlager (Transportbehälterlager Gorleben, TBL) wird von der staatlichen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) betrieben. Das TBL befindet sich nordwestlich der Straße von Gorleben nach Gedelitz und umfasst:

- ▶ Das Fasslager für schwach und mittel aktiven Müll (LAW und MAW). Die Nutzung begann 1984. „Blähfässer“ aufgrund von Gasentwicklung in den Gebinden und der „Transnuklearskandal“ machten das Fasslager bundesweit bekannt. Trotz Stopps der Castortransporte werden heute noch mehrmals im Jahr frische LAW- und MAW-Gebinde angeliefert und abtransportiert.
- ▶ Die oberirdische Castorhalle hat Platz für 420 Behälter. Bislang lagern dort schon 113 Castoren mit hoch radioaktivem Müll. Die Behälter stehen aufrecht und werden elektronisch überwacht. Kühlung erfolgt nur durch Umgebungsluft, die nach außen abgeführt wird. Gegen Angriffe ist die Halle nicht ausreichend gesichert. Zurzeit sind die Castortransporte ausgesetzt.
- ▶ In der Pilotkonditionierungsanlage (PKA) sollte ursprünglich getestet werden, wie hoch radioaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann, denn die Castoren sind zu schwer und groß, um sie unter Tage zu bringen. Sie steht seit einiger Zeit wieder im Fokus, weil in der PKA schadhafte Behälter repariert werden könnten. Bislang aber ist die PKA noch nie benutzt worden und darum nicht kontaminiert. Die Technik der PKA gilt inzwischen als veraltet.

Südöstlich der Straße betreibt die Bundesgesellschaft für Entsorgung (BGE) das so genannte Erkundungsbergwerk.

- ▶ Das Bergwerk wurde größer aufgeföhren, als es für die reine Erkundung notwendig wäre. Kritiker befürchten deshalb, dass das Endlager fast fertig gebaut ist. Derzeit ruht die Erkundung wegen des angeblichen „Neuanfangs“ bei der Endlagersuche. Ein Rückbau der martialischen Sicherung ist für 2018 angekündigt. Es befindet sich kein Atommüll im Bergwerk!

Gorleben-Treck 7-Minuten-Rede am 31. März in Hannover

Ende März jährt sich zum 40. Mal der Gorleben-Treck nach Hannover, in dessen Verlauf vor dem Kulturzentrum Pavillon ⁸ in Hannover der so genannte Gorlebenstein abgelegt wurde. „Wir wollen dieses Datum zum Anlass nehmen, den traditionellen Frühlingsempfang des Kulturzentrums Pavillon am 31. März zu diesem Thema zu machen“, so Christoph Sure, Geschäftsführer des Zentrums. Im Mittelpunkt des Zusammenkommens von rund 400 Personen aus Kultur, Politik und Stadtgesellschaft steht jedes Jahr die 7-Minuten-Rede, dieses Jahr gehalten von Wolfgang Ehmke, dem



Pressesprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. „Wir haben verschiedene Personen angefragt, die am Gorleben-Treck teilgenommen haben, sich also historisch erinnern können, aber auch Aussagen zur aktuellen Energiepolitik, Energiewende und Kohleausstieg machen können, und freuen uns, dass Wolfgang Ehmke zu uns kommt.“ Im Anschluss an die Rede vor dem Pavillon wird es im Inneren eine Podiumsdiskussion mit dem engagierten Klimaschutzler Tazio Müller geben. Die Veranstaltung findet statt am 31. März um 11 Uhr vor dem Kulturzentrum Pavillon, Lister Meile 4, Hannover. (ac)

Bürgerinitiative intern Mitgliederversammlung am 3. März

Die Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) findet am 3. März im Lokal Bauernstuben in Trebel statt. Beginn ist um 15 Uhr. Zutritt haben nur Mitglieder – und Menschen, die während der Sitzung Mitglied der BI werden wollen. Neben den üblichen Vereinsregularien wie dem Kassenbericht stehen die Jahresberichte des Vorstands und der Arbeitsgruppen im Fokus. Auch eine Aussprache über die zukünftige Arbeit der BI ist vorgesehen. Höhepunkt ist regelmäßig die Neuwahl des Vorstands. (ac)

Ausstieg Konferenz

Anlässlich des Fukushima-Jahrestages will die Fraktion der Grünen im Bundestag Fragen zum Atomausstieg in international besetzten Panels mit Vertreter/-innen von Regierungen, Atomaufsichten und der Zivilgesellschaft diskutieren. Die Konferenz „Atomausstieg weltweit – utopisch oder logisch?“ soll klären, ob der deutsche Ausstieg Wegweiser für andere Länder sein kann – oder in die Isolation führt. Die Veranstaltung findet am 11. März von 12 bis 19 Uhr im Anhörungssaal 3.101 des Deutschen Bundestags im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus statt. (pm)



Linkliste

Alle Links zu dieser Ausgabe der GR gibt es gesammelt unter

➔ www.gorleben-rundschau.de/links

- ➔¹ <https://wendland-net.de/post/das-geht-nur-im-dialog-24945>
- ➔² www.isbn.de/buch/9783960145028_sendeschluss.htm
- ➔³ www.bi-luechow-dannenberg.de/themen/rueckbau-der-bergwerks-festung/
- ➔⁴ http://m.greenpeace.org/belgium/Global/belgium/report/2019/REPORT_NUCLEAR_WASTE_CRISIS_ENG_BD.pdf
- ➔⁵ www.atommuellkonferenz.de/wp-content/uploads/Positionspapier_Zwischenlagerung_hoch_radioaktiver_Abfaelle.pdf
- ➔⁶ http://gemeinde-niederaichbach.de/wp-content/uploads/2018/11/Endlager_nein_danke.pdf
- ➔⁷ www.tourdenatur.net/
- ➔⁸ <https://pavillon-hannover.de/>



Trauer um Marianne von Alemann

Der Gorleben-Widerstand hat viele Gesichter. Marianne war ein ganz besonderes Gesicht. Über Jahre hat sie ihre Stimme für eine strahlenfreie Zukunft erhoben. Ihre Stimme ist jetzt erloschen...

Als sich die Regierungen in Land und Bund 1973 das Wendland als Atomstandort aussuchten, „haben die gedacht, dies ist nicht nur ein dünn besiedelter Landkreis, sondern auch ein dummer. Da haben sie sich geschnitten“, sagte Marianne von Alemann vor dem Castortransport im März 2001.

Marianne war mit ihrem pensionierten Mann Ende der 70er Jahre vom Rhein in ein Gehöft zwischen Lüchow und Gartow gezogen, um dort einen ruhigen Lebensabend zu verbringen. Schon bald aber füllten aufgeregte Menschen ihr Anwesen, um nächtelang unter den Schwingen eines ausgestopften Bussards Strategien gegen den geplanten nuklearen „Entsorgungspark“ zu entwerfen.

„Die Arroganz der Politiker, die sich nicht scheuen, den nachfolgenden Generationen die Gefahren der Atomkraft zu hinterlassen, ist so erschreckend, dass es über meinen Verstand geht“, erzählte die damals 50-jährige Hausfrau 1980 bei Tee und Kuchen in ihrem eleganten Landhaus in Prezler der ZEIT. Mit der Atomanlage habe sich ihr Leben schlagartig geändert: „Wir fangen beim Kaffeetisch morgens mit Gorleben an und gehen abends mit Gorleben ins Bett.“ Statt etwa wie früher in Düsseldorf den Geburtstag im Kreise der Familie mit Kaffee und Kuchen zu feiern, stand sie an ihrem 50. Geburtstag vor einer Straßensperre gegen die Bohrfahrzeuge. „Oft saßen wir beide abends in die

Küche, und die Tränen liefen. Weil die Bürokratie wieder eine Klage vom Tisch gefegt hatte“, erzählte sie im Jahre 2000 dem „Greenpeace Magazin“. Mit einigen anderen war sie als „Die vereinigten Querköpfe“ aus dem Gorleben-Widerstand abgebildet.

Sie hätten fortziehen können, „aber das wäre feige gewesen“, sagte sie damals. Die Alemanns waren im Gegenteil davon überzeugt, sich wehren zu müssen „gegen eine Gefahr für unsere Nachkommen“, waren erfüllt von „einer Aufgabe, bei der wir wussten, wir stehen auf der richtigen Seite“. Außerdem: „Nur Rosen ziehen und Blumenkohl züchten wäre mir zu langweilig gewesen.“

Marianne von Alemann beteiligte sich als Mitbegründerin der BI und der Initiative 60 – der Gruppe der Atomkraftgegner über 60 Jahre – immer wieder an den Gorleben-Protesten. Als 1984 der erste Castor rollen sollte, „hat jemand gesagt, es kann nicht sein, dass sich die Jugend davor setzt und 20 Jahre später Krebs bekommt. Das müssen wir Alten machen“, sagte sie 2001 Reportern. Die Ini 60 war gegründet, Marianne über 17 Jahre die Sprecherin. Als 1995 dann der erste Castor kam, „saßen wir mit in der ersten Reihe.“ Doch „dieses Jahr wird das schwierig, wir sind alle über 70 Jahre. Da machen die Knochen Sitzblockaden nicht mehr so mit“, sagte sie bevor im März 2001 der nächste Castor anrollte.



Maulkorb für die BI

Bundesrepublik verklagt Bürgerinitiative

Recht Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) sieht sich derzeit einem Verfahren ausgesetzt, dass so gar nicht zur propagierten Transparenz in der so genannten neuen Endlagersuche passen mag: Das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit will im Wege einer Klage erreichen, dass ein vermeintlich falsches Zitat des BI-Pressesprechers Wolfgang Ehmke zu Aussagen von BfE-Präsident Wolfram König „korrigiert“ wird.

Die Frage, was aus den Zwischenlagern für hochradioaktive Abfälle wird, hat im vergangenen Jahr an Fahrt aufgenommen. Hintergrund dieser neu entfachten Debatte ist die Tatsache, dass erste Genehmigungen wie in Gorleben und Ahaus 2034 und 2036 auslaufen, ohne dass ein Endlager zur Verfügung steht. Es ist auch hoch unwahrscheinlich, dass ein Endlager im Jahr 2050 den Betrieb aufnimmt, auch wenn es so im Standortauswahlgesetz (StandAG) festgeschrieben ist.

Diese Lücke müsste geschlossen werden.

Aber so einfach ist das nicht. Erste Vermutungen, bestehende Genehmigungen könnten einfach fortgeschrieben werden, weil die Castorbehälter so schön robust sind, riefen Anti-Atom- und Umweltinitiativen auf den Plan. Kritische Wissenschaftler/-innen warnten davor. Einige Behälter müssten zumindest geöffnet werden, um zu kontrollieren, wie die Hüllrohre aussehen, ob die Gefahr einer Kritikalität gegeben ist. Hier geht es um die Sicherheit der Zwischenlager.

Außerdem gab es ein Urteil, das Wellen schlug. Das Obergericht Schleswig hatte dem Zwischenlager Brokdorf 2013 die Genehmigung entzogen, weil die Genehmigungsbehörde, damals noch das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), Daten zurückhielt, aus denen hervorgehen sollte, dass dieses Zwischenlager hinreichend gegen einen gezielt herbeigeführten Flugzeugabsturz gesichert sei. Ja, die Zeiten haben sich seit Nine Eleven geändert, mögliche terroristische Angriffsziele können auch Atomanlagen sein. Deshalb geht es auch um Sicherung dieser Anlagen.

Das nationale Begleitgremium (NBG), das eigentlich die Endlagerdebatte zwischen Behörden und interessierter Öffentlichkeit moderieren soll, hatte in einer Frühjahrstagung 2018 in Karlsruhe die offensichtliche „Lücke“ zum Thema gemacht und vorgeschlagen, die Zwischenlagerkonzeption als Blaupause für die Endlagersuche zu machen – also Regionalkonferenzen an den 16 Zwischenlagerstandorten einzuberufen und Beteiligungsformate zu erproben.

Zwischenzeitlich, so sah es das



Fühlt sich durch die
BI falsch zitiert:
BfE-Präsident
Wolfram König

StandAG vor, wurden die Zuständigkeiten für die Zwischen- und Endlagerung sukzessive auf bundeigene Firmen übertragen und die alte Genehmigungsbehörde, das BfS, wurde durch das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) ersetzt. Der alte Chef des BfS, Wolfram König, war nun der Chef der neuen Behörde und ließ aufhorchen. Denn die Presse zitierte ihn wie folgt:

„Die einstige Begrenzung der Genehmigungen für die zwölf dezentralen Zwischenlager auf nur 40 Jahre habe keine Sicherheitsgründe gehabt, sondern sei ein politisches Signal gewesen“, vermeldete das Handelsblatt am 12. April 2018.

Er ging sogar noch weiter:

Die Lauenburger Nachrichten schrieben am 4. Mai letzten Jahres: „BfE-Präsident König betonte bei der Veranstaltung in Geesthacht, dass bei einer längeren Lagerung der Castoren im Zwischenlager grundsätzlich keine Gefahr von den Behältern ausgehe.“

Ähnlich äußerte sich König auch

auf einer Tagung der evangelischen Akademie in Loccum Anfang Juni 2018. Das rief Michael Sailer vom Öko-Institut auf den Plan, der vehement widersprach. In einem Interview mit der Gorbelen Rundschau befand Sailer, der auch Vorsitzender der Entsorgungskommission des Bundes ist: „Es ist in all den Genehmigungsverfahren nur geprüft worden, ob alles voraussichtlich 40 Jahre hält. Eine technisch saubere Prüfung für Zeiten über die 40 Jahre hinaus ist nicht erfolgt. Das wissen alle, die an der Prüfung beteiligt waren. Auch die Reaktorsicherheitskommission, in der ich damals war, hat ihre finale Stellungnahme nur für 40 Jahre abgegeben. Wer sagt, die Lager seien länger sicher, kann sich auf keine ernsthafte Sicherheitsprüfung stützen, die dies belegen würde.“ Nachdem lange Zeit keine klare Aussage des BfE vorlag, wie nun mit der „Lücke“ umgegangen werden sollte, hat das BfE mittlerweile seine Position intern geklärt: Nunmehr ist ganz klar – in unserem Sinne – die Rede davon, dass bei Ablauf einer Zwischenlageregenehmigung ein neuer Ge-



Spendenaufruf

Das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) fährt schweres Geschütz gegen die BI auf. Dagegen setzen wir uns zur Wehr: Mitte Januar haben unsere Anwälte die Klageerwidderung eingereicht.

Ein Gerichtstermin vor dem Landgericht Hamburg ist nun für den 1. März anberaumt.

Um uns in diesem Streit „Groß gegen Klein“ zu unterstützen, freuen wir uns sehr über Spenden. Das Prozesskostenrisiko, also Anwalts- und Gerichtskosten, liegt bei über 7000 Euro.

Bitte richtet Eure Spende an:

BI Umweltschutz Lüchow-D. e.V.
 IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21
 BIC: NOLADE21UEL
 Stichwort: BfE-Klage

nehmigungsantrag zu stellen ist. Das hat das Amt jedoch nicht davon abgehalten, ausgerechnet der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI), die sowohl in der Zwischenlager als auch in der Endlagerdebatte als Standort gleichermaßen betroffen ist, den juristischen Fehdehandschuh hinzuwerfen. Erst kam die Mail des BfE-Pressereferats:

„(...) in verschiedenen Publikationen unterstellen Sie dem Präsidenten des Bundesamtes für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) eine Aussage zur Sicherheit der Zwischenlager nach Auslaufen der derzeitigen Genehmigungen. Diese entbehrt jeder Grundlage und ist in der Lage, das Ansehen der Genehmigungsbehörde zu schädigen. (...)“

Ich fordere Sie hiermit auf, es ab sofort zu unterlassen, das oben genannte und dem BfE-Präsidenten zugeordnete Zitat wörtlich oder sinngemäß zu verbreiten oder verbreiten zu lassen. Ich fordere Sie zudem dazu auf, die entsprechenden Passagen in den oben genannten Online-Publikationen umgehend richtig zu stellen. (...)“ Und noch bevor wir, weil wir gerade in den Herbstferien auf Wander- und Kulturtrips waren, antworten konnten, kam auch schon die Anwaltspost, wir sollten eine Unterlassungserklärung abgeben und Richtigstellungen auf der Homepage und in der Gorleben Rundschau vornehmen. Wir haben die inkriminierten Passagen inzwischen gesichtet und eventuell missverständliche Formulierungen gelöscht. Wir haben sogar ohne Präjudiz für die Sach- und Rechtslage eine entsprechende Unterlassungserklärung abge-

geben, weil es uns einerseits nicht darauf ankommt, Herrn König als Person zu beschädigen, sondern eine sachliche und politische Debatte über die Zwischen- und Endlagerung zu führen und wir andererseits eine gerichtliche Auseinandersetzung nicht im Rahmen eines eventuellen Einstweiligen Verfügungsverfahrens (Schnellverfahren mit beschränktem Argumentationsraum) führen wollten.

Das aber reichte dem Amt oder dem Präsidenten des Amtes oder dem Anwalt des Präsidenten offensichtlich nicht. Nun kam – neben der Forderung nach Anwaltskosten – die Klage. Nach den Anträgen der Klägerin soll die BI dazu verurteilt werden, Richtigstellungen in allen betroffenen Publikationen on- wie offline zu veröffentlichen. (s. Randspalte)

Da müssen und wollen wir nun durch, denn die Forderungen der Klägerseite sind aus unserer Sicht unbegründet.

Was für eine Visitenkarte gibt das BfE hier ab?

Eine Behörde, die sich gern als „selbstlernend“ darstellt und Transparenz und Beteiligung großschreibt, versucht als ersten Schritt in der Entsorgungsdebatte, die einzige Bürgerinitiative, die sowohl als Zwischenlager als auch als möglicher Endlagerstandort betroffen ist, juristisch abzuwürgen. Der „Goliath“ BfE setzt gegen eine Bürgerinitiative ihr Pressereferat, Anwälte und Berater ein und verfißt nun hinter den Türen eines Gerichtssaals eine Meinung, zu der sie sich in der öffentlichen Debatte lieber nicht hatte bekennen wollen.





Der Gorleben Treck – 40 Jahre danach

Geschichte Zwei Ausstellungen in Lüchow und Hannover befassen sich mit dem legendären Protestzug der Lüchow-Dannemberger Bauern nach Hannover und seiner Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung in der Region. Ein Bericht von **Wolf-Rüdiger Marunde**

„Dieser politische Wandel war wirklich wundersam. Man kann sich heute gar nicht mehr vorstellen, wie hinterwäldlerisch es in diesem Zipfel des Landes war. Als wäre es ein Prozess von nur wenigen Monaten gewesen, wo in diesem wirklich erzkonservativen Landkreis die Stimmung plötzlich kippte.“ Mit dem hinterwäldlerischen Zipfel ist der Landkreis Lüchow-Dannenberg gemeint, und zwar vor dem Jahr 1977.

Das Zitat stammt aus einem von fast 30 Interviews, die das Gorleben Archiv mit Zeitzeugen des politischen Wandels führte. Ausgelöst hatte ihn der damalige Ministerpräsident Ernst Albrecht mit seiner Ankündigung, in Gorleben ein Nukleares Entsorgungszentrum zu bauen. Für viele Lüchow-Dannemberger war das ein Schock. Bürger und Bauern, Adelige und Dörfler, Einheimische und Zugezogene taten sich zusammen,

um gegen die Atompläne Front zu machen. Unter dem Motto „Albrecht, wir kommen“ startete im März 1979 im Landkreis ein bunter Protestzug mit Fahrrädern, Autos und mehreren hundert Traktoren in Richtung Hannover, wo er eine Woche später von 100.000 Menschen empfangen wurde. Es war die bis dahin größte Anti-Atomdemonstration in Deutschland.

» Die Bewegung hat eine eigene demokratische Willensbildung entwickelt

Der Gorleben-Treck jährt sich im März dieses Jahres zum 40. Mal. Er gilt als Initialzündung einer der bedeutendsten sozialen Bewegungen der deutschen Nachkriegsgeschichte. Eine Bewegung, die im Laufe der folgenden Jahrzehnte eigene Formen der demokratischen Willensbildung entwickelte und viele gesellschaftli-

che Bereiche in der Region verändert hat. Heute ist Lüchow-Dannenberg eine Hochburg für ökologische Landwirtschaft und erneuerbare Energien. Das Wendland, wie man den Landkreis inzwischen nennt, ist geprägt durch eine vielfältige und kreative Protestkultur. Künstler und Intellektuelle aus den Städten haben sich hier angesiedelt. Und die Akteure der Protestbewegung haben für frischen Wind in der kommunalen Parteienlandschaft gesorgt.

» Vom „hinterwäldlerischen Zipfel“ zur Modellregion?

Der vierzigste Jahrestag des Gorleben-Trecks ist nun Anlass für zwei sehr unterschiedliche Ausstellungen. Die eine findet in Lüchow statt und wird vom Gorleben-Archiv konzipiert und gestaltet. Sie zeigt die Entwicklung des Wendlands aus der sehr persönli-



chen Perspektive von Menschen, die entweder schon damals dabei waren oder heute das fortsetzen, was die Alten begonnen haben. Eine große Zahl von Zeitzeugen-Interviews, historische Fotos und Filmdokumente bilden das Gerüst dieses Projekts, wobei bewusst auf wertende Kommentierungen und politische Abhandlungen verzichtet wird. Dabei geht der Blick zurück, aber auch nach vorne. Welche Bedeutung hatte der Treck für die wendländische Protestbewegung? Wie hat er den Landkreis verändert? Was war ausschlaggebend dafür, dass sich dieser einst so „hinterwäldlerische Zipfel“ quasi zu einer Modellregion zivilgesellschaftlichen Engagements gewandelt hat? Stimmt das überhaupt?

Parallel dazu zeigt das Historische Museum Hannover – in Kooperation mit dem Institut für Didaktik der Demokratie an der Leibniz Universität Hannover und dem Gorleben Archiv – die Ausstellung „Trecker nach Hannover. Gorleben und die Bewegung zum Atomausstieg“. Mit Fotos, Dokumenten und Erinnerungsstücken wird hier die Bedeutung des Trecks beson-

ders für die Umweltbewegung in der Landeshauptstadt beleuchtet. Die Ausstellung befasst sich aber auch mit der Geschichte des Gorleben-Widerstands und der Entwicklung des Wendlands zur Kulturregion.

» Gorleben-Widerstand und Demokratieggeschichte

Anlass für das Vorhaben war nicht nur das bevorstehende Jubiläum. Tatsächlich geht die Idee für das Projekt auf einen Vorschlag der Demokratieforscher an der Leibniz Universität zurück. So wie sie befassen sich immer mehr Historiker und Politikwissenschaftler mit der Bedeutung sozialer Bewegungen für die Entwicklung des demokratischen Systems. Die Anti-Atom-Bewegung, speziell der Gorleben-Konflikt, spielt dabei eine wichtige Rolle als Träger neuer Entwicklungen. Und so geht es in den beiden Ausstellungen neben einer historischen Betrachtung des Gorleben-Trecks und seiner Folgen auch um den Zusammenhang von Protestbewegung, Demokratieentwicklung und politischer Partizipation. Gleichzeitig soll das Projekt

das Bewusstsein schärfen für eine der großen Herausforderungen zukünftiger Generationen – den verantwortlichen Umgang mit dem Atommüll.

Die Ausstellung wird gefördert unter anderem vom Lüneburgischen Landschaftsverband, dem Landkreis Lüchow-Dannenberg und der Niedersächsischen Sparkassenstiftung. Sie ist so konzipiert, dass sie später als Wanderausstellung durch die Republik reisen kann.



DER GORLEBEN TRECK 40 JAHRE DANACH

„Der Gorleben-Treck – 40 Jahre danach“. Die Ausstellung im Rathaus in Lüchow läuft vom 1. April bis zum 30. Juni. Eröffnung: 31. März 2019, 11 – 13 Uhr

„Trecker nach Hannover. Gorleben und die Bewegung zum Atomausstieg“. Die Ausstellung im Historischen Museum Hannover läuft vom 27. März bis 28. Juli. Eröffnung: 26. März 2019



Wehrt Euch, leistet Widerstand

Gespräch mit Regisseur Oliver Haffner über seinen Wackersdorf-Film

Großes Kino „Wackersdorf“ ist ein Polit-Drama über die Hintergründe, die zum legendären Protest gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in der Oberpfalz führten. Er wird erzählt aus der Perspektive des Lokalpolitikers Hans Schuierer, der seine Karriere aufs Spiel setzte, weil er kompromisslos für Recht und Gerechtigkeit kämpfte. Das Gespräch mit Regisseur Oliver Haffner führte Jeanette Arndt vor Zuschauern nach einer Vorführung des Films im Wendland – unterstützt von Fragen aus dem Publikum.

» Welchen bleibenden Eindruck hast Du aus den Dreharbeiten zum Film „Wackersdorf“ mitgenommen?

Oliver Haffner: Für mich ist das Interessanteste, wie stark die Region bis heute unerlöst ist von diesem Konflikt. Als Schluss war mit der WAA ¹, hat sich niemand darum gekümmert, dass man die Region gespalten hat, dass Familien auseinandergegangen sind über diesem Thema, Dörfer sich zerstritten hatten – und das blieb dann einfach so. Das Casting zum Beispiel war alles andere als eine normale Film-Routine. Da kamen 800 Leute mit Transparenten, aber auch Polizisten von damals, und jeder hat seine Wackersdorf-Geschichte erzählt. Aber nicht so rückblickend sentimental, sondern voller Emotionen, wütend und unerlöst. Das hätte ich nicht gedacht.

» Was hast Du denn gedacht?

Haffner: Ich hatte gedacht, dass die Zeit darüber hinweg gegangen ist, aber das wurde überhaupt nicht so. Die Leute sind traumatisiert, und es fand keine Aufarbeitung statt. Bis heute wird der Konflikt in Schulen nicht thematisiert, obwohl die Region ja so stolz sein kann, was da verhindert wurde. Das hat mich sehr gewundert.

» Ich habe manchmal Schwierigkeiten gehabt, die Leute im Film zu verstehen ... (Lachen im Saal)

Wir haben tatsächlich lange darüber nachgedacht, ob wir den Film ² mit Untertiteln zeigen, denn es ist ja wirklich ein schwieriger Dialekt. Aber auch bei meinen anderen Filmen ist mir immer wichtig, dass es eine sprachliche Verortung der Figuren gibt. Heute

sprechen die Leute im Kino immer so sauber, als ob sie gerade von der Bühne kommen. Aber auf der DVD gibt's tatsächlich einen deutschen Untertitel. (Lachen im Saal)

» Ich habe das Gefühl, dass der Film vor allem für junge Menschen ganz wichtig ist.

Haffner: Er ist natürlich kein Dokumentarfilm, und er verdichtet die Dinge. Er erfindet nichts, aber er geht manchmal sprunghafter voran, als sich die Dinge abgespielt haben. Zu dem Besuch per Hubschrauber von Staatssekretär Gauweiler am Ende des Films hat mir der damalige Landrat Schuierer ³ gesagt: Der war weit unverschämter!

» Du hast viel mit dem SPD-Politiker Schuierer gesprochen?

Haffner: Ja! Wir haben uns lange überlegt, wie man so einen Film erzählen könnte. Man hätte den Film ja auch aus der Sicht von Aktivisten oder aus der Perspektive eines Polizisten erzählen können. Aber ich fand den Wandlungsprozess des Herrn Schuierer so interessant. Denn Wackersdorf ist ja nicht nur ein Stück Zeitgeschichte. Das eigentliche Thema ist ja die Frage nach dem Gewissen: Was tue ich, wenn mein Gewissen mir sagt, dass ich anders handeln muss. Jenseits der Tatsache, dass der Film auch eine Aufarbeitung von Wackersdorf und ein Stück gesamtdeutsche Erinnerungskultur – vor allem der Anti-Atomkraft-Bewegung – ist, wird ein Grundkonflikt deutlich, der überall auf der Welt zu stehen ist.

» Was war der Auslöser, nach so langer Zeit einen Film über Wackersdorf zu drehen?



Oliver Haffner ist Film- und Theater-Regisseur und Drehbuchautor. Daneben ist er als Professor für „Medienspezifische Darstellung“ in Potsdam tätig sowie als freier Dozent an der Musik und Kunst Privatuniversität der Stadt Wien. Haffner lebt und arbeitet in München und Berlin

Haffner: Meine Eltern kommen aus Philippsburg. Und obwohl meine Eltern keine ausgemachten Atomkraftgegner waren, wollten sie doch da weg, als der zweite Block des AKW ans Netz ging. Es folgte ein Umzug nach München, aber ich fühlte mich da in Bayern immer fremd. Vor allem diese Franz-Josef-Strauß-Diktion hat mich als Kind immer verängstigt. Außerdem ist meine neun Jahre ältere Schwester am Wochenende immer zum Demonstrieren nach Wackersdorf gefahren, was große Konflikte mit unseren Eltern zur Folge hatte. Also: Das ganze Thema war in meiner Kindheit stark angstbesetzt. Und als dann Fukushima war, der Atomausstieg kam, habe ich mich daran erinnert und mich gefragt, wo diese Geschichte für mich begann. Von da aus war es dann nur noch Recherche, zum Beispiel ob es – neben den großartigen Dokumentarfilmen, aus denen wir ja teilweise auch Material zeigen – auch einen fiktionalen Film über den Konflikt gibt. Gab's nicht. Der Produzent, dem ich die Idee vorgestellt habe, kommt selbst aus der Oberpfalz und stand mit am Bauzaun. Der war natürlich begeistert!



» Habt Ihr bei der Recherche zum Film auch mit der Gegenseite sprechen können?

Haffner: Das war ganz schwierig! Wir haben bei der bayerischen Staatsregierung angefragt. Die haben uns an die Landeszentrale für Politische Bildung verwiesen, das war aber eine Sackgasse. (Lachen im Saal)

Dann haben wir mit Befürwortern in der Region gesprochen, zum Beispiel mit dem damaligen Bürgermeister von Wackersdorf, dessen Familie sogar an dem Thema zerbrochen ist, aber das Interesse an einer Aufarbeitung war von dieser Seite eher gering. Auch nach dem Erscheinen des Films: Wir wollten mehrfach CSU-Mandatsträger von damals oder heute aufs Podium einladen, und es haben alle abgesagt. Vielleicht lag's daran, dass wir mitten im Landtagswahlkampf angefragt hatten. (Lachen im Saal)

» Habt Ihr Euch in der Vorbereitung auch mit den Protesten in Gorleben auseinandergesetzt?

Haffner: Das geschah nur, um den historischen Kontext zu verstehen, aber nicht detailliert mit der hiesigen Protestkultur. Ich habe aber immer den Anspruch, Filme

Szene aus dem Wackersdorf-Film: Landrat Hans Schuierer (Johannes Zeiler) spricht erstmals vor den Demonstranten am Bauzaun der geplanten WAA

zu machen, aus denen man als Zuschauer mit einer Stärkung rausgeht. Was man von den Protesten hier und in Wackersdorf lernen kann, ist, dass auch die dunklen Stunden der Demokratie – wo Unrecht geschieht und Recht gebeugt wird – Sternstunden der Demokratie sind. Das kann man aus der damaligen Geschichte lernen. Die Leute waren damals aktiver als heute und haben ihre Angst in Aktion umgesetzt. Die Angst lässt die Leute heute passiver werden.

» Aber es gibt doch noch Demos...

Haffner: Ja, Demos vielleicht, aber durch die Verschärfungen der Polizeigesetze  wären solche Proteste wie in Wackersdorf heute gar nicht mehr möglich. Die Leute können ja heute schon verhaftet werden, bevor sie überhaupt die Wohnung verlassen. Die Demontage des Rechtsstaats ist heute viel weiter vorangeschritten als zu dieser Zeit.

» Wie läuft der Film bundesweit – nicht nur in Wackersdorf. Kommen da nur Veteranen, oder spricht er auch andere Leute an?

Haffner: Das ist ganz gemischt! Ich habe mich auch über viele junge Leute gefreut, die bisher noch

nie etwas von der Thematik Wackersdorf gehört haben.

» Warum hast Du das Ende des Films so kurz und ohne weitere Erklärung gehalten?

Haffner: Weil es nicht nur *ein* Ende des Projekts Wackersdorf gab! Die einen sagen, das habe die Industrie so entschieden, aber das ist natürlich eine Siegerhaltung. Selbst wenn es die Industrie entschieden hat, hat sie nur aufgegeben, weil der Protest so heftig war. Andere meinen, als der Strauß tot war, war auch Wackersdorf gestorben. Und auch das stimmt irgendetwas. Also, es gibt viele verschiedene Gründe für das Aus. Und dramaturgisch muss man sich dann entscheiden, wann man aus einem solchen Film aussteigt. Da eignet sich ein schicksalhafter Moment wie der GAU in Tschernobyl besonders gut. Einen größeren Beweis für die Bedrohung konnte es ja nicht geben. Während der Dreharbeiten hat der damalige Landrat Schuierer mal gesagt, dass er nicht sicher sei, ob die WAA ohne Tschernobyl hätte verhindert werden können, ob der Widerstand in der Region nicht zusammengebrochen wäre, weil die Polizeieinsätze  so massiv waren.

Zur Person

SPD-Landrat Hans Schuierer

Hans Schuierer wurde am 6. Februar 1931 in Klardorf, einem Vorort von Schwandorf, geboren. Sein Vater, ein Bergarbeiter und Straßenwächter, war Sozialdemokrat und stand auch nach 1933 offen zu seiner politischen Überzeugung. Er wurde von der Gestapo verhaftet und ins KZ Flossenbürg gebracht – für Hans Schuierer eine prägende Erfahrung. 1948, mit 17 Jahren, trat er in die Partei seines Vaters ein, der das Dritte Reich überlebt hatte. Nach Abschluss der Volksschule wurde Hans Schuierer Maurer und Wegemacher, durch Fortbildungen stieg er bis zum Kreisbaukontrolleur in Burglengenfeld auf. Dort begann auch seine politische Karriere, er wurde 1957 als SPD-Abgeordneter in den Kreistag gewählt. 1964 wurde er Bürgermeister von Klardorf, 1970 Landrat von Burglengenfeld. Nach der bayerischen Gebietsreform stellte er sich 1972 zur Wahl im neu gegründeten Großlandkreis Schwandorf und gewann.

Dem Bau der WAA in Wackersdorf stand er anfangs positiv gegenüber, weil über 3.000 Arbeitsplätze in Aussicht standen. Doch er wurde misstrauisch wegen der „brutalen Art“*, mit der die CSU-Regierung das Projekt durchsetzen wollte. Ein Schlüsselerlebnis hatte er, als er auf den Bauplänen einen 200 Meter hohen Kamin entdeckte und der DWK-Vertreter sagte, dadurch sollen „die radioaktiven Schadstoffe gleichmäßiger verteilt werden“. Schuierer ^{➔3} entwickelte sich zum entschiedenen Gegner der WAA, schätzte sie als Gefahr für die Gesundheit von Generationen ein.

Im September 1984 widersetzte er sich der Anweisung, den WAA-Bebauungsplan öffentlich auszulegen. Der CSU-dominierende Landtag änderte daraufhin 1985 im Eilverfahren das Verwaltungsverfahrensgesetz: Fachminister konnten künftig in Ausnahmefällen die Leiter der Aufsichtsbehörden ermächtigen, anstelle der Landräte zu handeln. Mit dieser „Lex Schuierer“ sollte der widerständige Landrat politisch entmündigt werden. Franz



Josef Strauß begründete die Gesetzesänderung explizit mit einem angeblichen „Sabotageversuch“ des Landrats. Dieser sagte im Gegenzug, man könne „diese Äußerungen von Strauß als Sabotage gegen die freie Meinungsäußerung bezeichnen. Ich werde es nicht dulden, dass unsere Bürger zu atomaren Versuchskaninchen der Nation gemacht werden.“

Immer wieder stellte sich Schuierer offen gegen Franz Josef Strauß. Bei einer Demonstration im Dezember 1985 sprach er von einer „Ein-Mann-Demokratie“, einer „CSU-Demokratie“ und davon, „was Strauß bei den vielen Besuchen in Südafrika, Chile und all den Militärdiktaturen und den kommunistischen Staaten gelernt hat“. Das brachte dem Landrat ein Disziplinarverfahren ein, das ihn sein Amt hätte kosten können. Außerdem demonstrierte Schuierer gemeinsam mit seiner Frau Lilo gegen die WAA und entwickelte sich zur Galionsfigur des Widerstands – und zu einem bundesweit geachteten und verehrten Politiker. Er blieb bis zu seiner Pensionierung 1996 Landrat von Schwandorf, bei Wahlen erhielt er stets fantastische Ergebnisse von bis zu 73 Prozent. Die Süddeutsche Zeitung bezeichnete den heute 87-Jährigen mehrfach als „Titan von Wackersdorf“.

* zitiert nach: Oskar Duschinger: Unbestechlich. Hans Schuierer. Ein Leben für den Bürger und gegen die WAA. Burglengenfeld 1986.



Oberpfalz, 1980er Jahre: Die Arbeitslosenzahlen steigen und der Landrat Hans Schuierer (Johannes Zeiler) steht unter Druck, Perspektiven für die Bevölkerung zu schaffen. Da erscheinen ihm die Pläne der Bayerischen Staatsregierung wie ein Geschenk: In der beschaulichen Gemeinde Wackersdorf soll eine atomare Wiederaufbereitungsanlage (WAA) gebaut werden, die wirtschaftlichen Aufschwung für die ganze Region verspricht. Doch als der Freistaat ohne rechtliche Grundlage mit Gewalt gegen Proteste einer Bürgerinitiative vorgeht, die sich für den Erhalt der Natur in ihrer Heimat einsetzt, steigen in Schuierer Zweifel auf. Vielleicht ist die Anlage doch nicht so harmlos wie behauptet. Er beginnt nachzuforschen und legt sich mit der mächtigen Strauß-Regierung an.



Linkliste

Alle Links zu dieser Ausgabe der GR:

➔ www.gorleben-rundschau.de/links

- ➔¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Wiederaufbereitungsanlage_Wackersdorf
- ➔² <http://www.wackersdorf-film.de/>
- ➔³ <https://youtu.be/owe-WBSScFY>
- ➔⁴ [www.https://de.wikipedia.org/wiki/Polizeiaufgabengesetz_\(Bayern\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Polizeiaufgabengesetz_(Bayern))



Eine Rezension von Ulrike Donat

Warum Wackersdorf und warum in die Geschichte einsteigen?

Wackersdorf wurde im November 1982 als Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) für hochradioaktiven Müll gehandelt, zeitgleich mit dem Standort Dragahn im Wendland. Zeitgenossen, die die Auseinandersetzungen dieser Zeit erlebt haben, haben sicher wie ich manche Erinnerungslücke oder den jeweils lokalen Blickwinkel. Im historischen Rückblick zeigen sich aber Zusammenhänge und Entwicklungslinien, die wir als Akteure so gar nicht wahrgenommen haben. Jüngere Generationen finden in der aufgearbeiteten Geschichte der Anti-AKW-Bewegung viel Mutmachendes und viele Anregungen.

Janine Gaumer betrachtet die Geschichte der gescheiterten WAA in Wackersdorf unter dem Blickwinkel der Demokratieentwicklung. Sie trägt viele Details zusammen und kommt zu dem Ergebnis, „dass über den Umweltschutz gesellschaftliche Bedürfnisse nach einer Neuordnung des Machtverhältnisses zwischen Staat und seinen Bürgerinnen und Bürgern ausgehandelt wurden“.

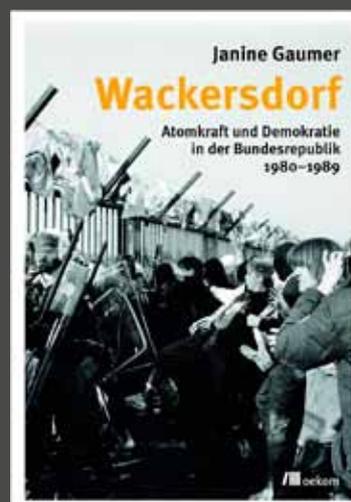
Sie liest die Geschichte einerseits vor dem Hintergrund der Bundespolitik: Franz-Josef Strauß, bayrischer Ministerpräsident (CSU), und Ernst Albrecht, niedersächsischer Ministerpräsident (CDU), waren 1980 Konkurrenten um die Kanzlerkandidatur, die Wahl gewann Helmut Schmidt (SPD, Atomhardliner) gegen den Bayern. Strauß – ehemaliger Atomminister und ehemaliger Verteidigungsminister mit Atomphantasien und mancherlei Skandalen – legte Albrecht das „Aus“ für das Nukleare Entsorgungszentrum in Gorleben 1979 als Schwäche aus. In diesem Spannungsverhältnis wurden zeitgleich die Standorte Wackersdorf und Dragahn benannt. Beide lagen in so genannten „strukturschwachen Gebieten“. Die Oberpfalz hatte einige Erfahrungen, weil dort kurz vorher die Errichtung eines Lagers für schwach- und mittelaktive Atomabfälle in einem Trinkwassereinzugsgebiet verhindert worden war, das Wendland aus den Kämpfen um das AKW Langendorf und das NEZ in Gorleben. Die Bundespolitik war mit ihren Atomplänen in Not, denn die geplanten und in Bau befindlichen AKW benötigten Entsorgungsnachweise, um nicht vor Gericht zu scheitern.

Detailreicher untersucht Gaumer die „Gelingensbedingungen“ für WAA-Gegner vor Ort im Landkreis Schwandorf. Sie findet viele Ansatzpunkte, die uns auch heute zum Nachdenken bringen können. Zum einen gab es den SPD-Landrat Schuierer, der in Opposition zur Landesregierung agieren konnte, weil er direkt gewählt und nicht von CSU-Gnaden ernannt worden war. Schuierer ist aktuell Kinoheld in dem Film „Wackersdorf“ von Oliver Haffner. Er hat sehr rasch erkannt, wohin der Hase laufen sollte und wirksamen Widerstand geleistet. An Gaumers Untersuchungen sehen wir höchst aktuell, wie wichtig alle Mechanismen der Gewaltenteilung (check and balance) sind: Nur wenn die

Kontrahenten mit politischer Macht ausgestattet sind, die ihnen Informationen und Wirkungsmacht verleihen, findet eine echte politische Debatte statt – in Wackersdorf auf allen Ebenen: Gemeinden, Kreis, Landesregierung, Bundesregierung und parallel dazu die Atomfirma DWK versus lokale und überregionale Bevölkerung.

Gaumer betont auch die wichtige Rolle der Informationsbeschaffung und Informationsbewertung über die Erörterungsverfahren im Genehmigungsverfahren. Sie sieht gerade diese Erörterungstermine als wichtigen Mobilisierungsfaktor der Anti-AKW-Bewegung, weil hier die stromlinienförmigen glattgebügelten „Informationen“ der Betreiberseite und der Behörden wirksam von der kritischen Öffentlichkeit hinterfragt werden konnten. Hier kam insbesondere den Experten der Anti-Atom-Bewegung eine tragende Rolle zu: Sie lieferten alternatives Wissen gegen „verfälschte“ Wissenschaft und Politik, und sie verbanden den wissenschaftlichen Risikodiskurs mit dem Diskurs um Demokratie und Grundrechte.

Zu denken gibt, dass wir die Konflikte um repräsentative Demokratie durch die Volksvertreter einerseits versus echte demokratische Partizipation andererseits bis heute fortführen. Folgt man Gaumer, waren die Rahmenbedingungen allerdings in den 80er-Jahren vielversprechender, denn damals gab es eine dann doch funktionierende Gewaltenteilung, einen Rechtsweg über mehrere Instanzen und eine fordernde, kritische Öffentlichkeit der Post-68er. Es lohnt, die heutigen Rahmenbedingungen der Endlagersuche mit den von Gaumer zusammengetragenen Wirkfaktoren zu vergleichen. Und dann ist die Lektüre doch gar nicht so dröge, wie man bei einer historischen Abhandlung erwarten würde.



Janine Gaumer „Wackersdorf – Atomkraft und Demokratie in der Bundesrepublik 1980-1989“

Oekom Verlag München 2018 (zugleich Dissertation Friedrich-Schiller-Universität Jena 2017)

Sara Bareilles
BRAVE

Gedanken zum Song
 von Nora Krohn

You can be amazing
 You can turn a phrase
 into a weapon or a drug
 You can be the outcast
 to be the backlash
 of somebody's lack of love

Or you can start speaking up
 Nothing's gonna hurt you
 the way that words do
 And they settle beneath your skin
 Kept on the inside and no sunlight
 Sometimes a shadow wins

But I wonder what would happen if you
 SAY what you wanna say
 And let the words fall out
 Honestly, I wanna see you be brave

I just wanna see you (3x)
 I wanna see you be brave

Everybody's been there,
 Everybody's been stared
 down by the enemy
 Fallen for the fear and done
 some disappearing
 Bow down to the mighty
 Don't run, just stop holding your tongue

SAY what you wanna say

...

Maybe there's a way
 out of the cage where you live
 Maybe one of these days
 you can let the light in
 Show me how big your BRAVE is

Innocence, your history of silence
 Won't do you any good
 Did you think it would?
 Let your words be anything but empty
 Why don't you tell them the truth?

I just wanna see you
 I wanna see you be BRAVE

Text und Musik: Sara Bareilles

2013 erschienen als
 Single des Albums
 The Blessed Unrest

Bunt sind schon die Wälder, gelb die Stoppelfelder..“ Meine Augen saugen durch die Zugfenster den farbenprächtigen Indian Summer zwischen Hamburg und Bayern ein, während meine Ohren einem passenden Soundtrack lauschen. Doch das Gespräch der Männer neben mir dringt durch meine Kopfhörer und reißt mich aus meinem zufriedenen Sinnesglück. Ich ringe mit mir: Soll ich etwas sagen? Hier mitten im vollen ICE? Ich alleine zu drei Typen?, fragt meine Bequemlichkeit.

Und dann fällt dieser Satz. Und mit ihm der letzte Tropfen. Ich lege die Kopfhörer ab, rücke die Feministin in mir zurecht – and brace myself. Ich schaue die Männer direkt an und sage: „Falls ihr euch fragtet, wo die Grenze ist: Das war schon deutlich darüber hinaus. #metoo.“ Wie fast immer wird es heruntergespielt – als kleiner Scherz und harmlose Witzelei. Doch diesmal lasse ich mich nicht so leicht abspesen – mit dem gefürchteten Stempel, übertrieben sensibel oder gar zickig zu wirken. Ich überwinde meine Harmoniesucht und sage mir: Das ist sie nicht wert. Das muss jetzt gesagt werden. Und wenn es niemand anderes tut, muss ich es eben tun. It's an annoying job but somebody's gotta do it.

Ich drehe das Segel und nehme ihm dadurch den Wind aus seinem: „Und genau das ist das Problem.“ Zu meiner positiven Überraschung entwickelt sich aus unserer anfangs hitzigen Diskussion ein richtiges Gespräch mit echtem Verständnisinteresse, das sogar so fruchtbar ist, dass wir uns anschließend auch über andere brisante Themen austauschen.

Dieses Erlebnis hat mich ermutigt, auch das nächste Mal den Mund aufzumachen. Nicht nur bei Sexismus, auch bei Rassismus, Homophobie etc. – immer, wenn etwas in mir aufschreit. Auch Sara Bareilles' Song BRAVE bestärkt mich immer aufs Neue darin, dem Aufschrei in mir eine Stimme zu geben. Diese Hymne an die Courage bricht direkt mit der Tür ins Haus – mit der Bass Drum in die Stille. Der Rhythmusauftakt endet nach einer spannungsschürenden Pause auf einem noch kräftigeren Trommelschlag, worauf Sara Bareilles' Gesang einsetzt. In den Strophen gesellen sich zum starken Beat hohe Pianotöne im Stakkato, die die Eindringlichkeit multiplizieren. Im Refrain gehen Schlagzeug und Stimme in die Vollen und SAY sticht durch die Überbetonung und den zeitgleichen Paukenschlag heraus. BRAVE und SAY bilden die Essenz des Liedes: Die Courage aufzubringen, die Worte in die Welt zu lassen, die dir auf Seele und Zunge brennen.

Auch wenn mein Erlebnis ausgesprochen harmlos war, wollte ich es gerne teilen. Denn viel zu oft halten wir selbst dann den Mund, wenn das Risiko für uns vergleichsweise gering ist und wir keine Gewalt oder weitreichenden Konsequenzen befürchten müssen. Doch gerade dort – im Kleinen – fängt es an. Wenn wir es dort schon hinnehmen, öffnen wir letztendlich Tür und Tor, denn steht der Fuß einmal in der Tür, drängt er sie immer weiter auf – Spalt für Spalt. Deshalb ist es umso wichtiger, auch in scheinbar banalen Situationen unseren Unmut zum Ausdruck zu bringen. Mit dem Mut aus der Kraft der Wut zwar, aber im Idealfall so, dass es zumindest möglich ist, in einen wirklichen Dialog zu treten.



Die Bahn bringt nicht nur Castoren!

Portrait Nein, Rolf Schulze war nicht schon bei der Platzbesetzung 1004 dabei – da war er erst ein Jahr alt. Aber das Thema Atommüll und dessen Lagerung spielte schon in seiner Kindheit und Jugend eine Rolle: Als Kind ökologisch gesinnter Eltern in Münster und damit in der Nähe von Ahaus aufgewachsen, kam er mit dem Anti-AKW-Widerstand früh in Berührung, war als Schüler und Student bei Demos dabei. **Helga Wallat** kennt die ganze Geschichte.

Das Wendland lernte Rolf während des Studiums der Archäologie von Münster aus kennen: Sein bereits wendlandaffiner Freund motivierte ihn zu Aufenthalten in der Region, und so ergaben sich Kontakte zum Gorleben-Widerstand und zur BI recht schnell. Und als sich nach dem Studium die Möglichkeit ergab, beruflich in erreichbarer Nähe zum Wendland Fuß zu fassen, zog er Anfang 2007 nach Trebel. Sich gegen Gorleben zu positionieren, war für Rolf die konsequente Fortführung seines vorangegangenen Engagements in Münster. Auch aus archäologischer Sicht gibt es in dieser Fra-

ge für ihn kein Pardon: Man hätte mit der Atomkraft gar nicht anfangen dürfen, so lange unklar ist, wohin mit dem Müll. „Man fliegt ja auch nicht mit dem Flugzeug los, solange es keine Landebahn gibt.“ Atommüll auf unabsehbare Zeit wegzuschließen, sei katastrophal wegen der Unzulänglichkeit des Gesteins und der Gefährlichkeit der Lagerung und wegen „der Dummheit der Menschen“, auf deren Verantwortlichkeit kein Verlass sei, insbesondere, wenn man die jüngste Geschichte betrachte. Obschon es noch Zeitzeugen des Faschismus in Deutschland gebe, bezweifle Rolf, ob daraus tatsächlich gelernt worden sei. Seine berufliche Qualifikation und die Position zur Gorleben-Thematik konnte Rolf auch praktisch bestens verknüpfen: Er war an den Ausgrabungsarbeiten auf 1004 im vergangenen Jahr beteiligt. „Total spannend“ fand er, archäologische Relikte aus einer Zeit, in der er selbst schon lebte, auszugraben, konkrete Spuren der Auseinandersetzungen vorzufinden und diese vergleichen zu können mit Befunden aus viel früheren Epochen.

Rolf hat als Archäologe einige Jahre in Mecklenburg-Vorpommern gearbeitet und ist seit kurzer Zeit Grabungsleiter im Kontext der geplanten Eisenbahntrasse Fehmarn-Dänemark. Hier geht es darum, archäologische Hinterlassenschaften zu dokumentie-

ren, zu bergen und zu archivieren. Seine Hoffnung ist, dass mit Fertigstellung der Bahntrasse vermehrt Verkehr von der Straße auf die umweltfreundlichere Schiene verlagert wird. Natürlich gibt es auch bei diesem Projekt Anwohnerproteste und Rolf hat amüsiert festgestellt, dass die entsprechenden Initiativen die Wendland-Xe in blau verwenden.

Apropos Eisenbahn: Rolf engagiert sich seit 14 Jahren als „Draisinenaktivist“ für die Wiederbelebung alter Bahnverbindungen und organisiert mit der „Interessengemeinschaft Draisinenfahrten Hamburg“ regelmäßig Fahrten auf stillgelegten Strecken der Region. Nutzung und Ausbau von Eisenbahnstrecken gehören aus seiner Sicht zu einer menschengerechten Infrastruktur. Und im Blick auf Gorleben ist das Signal: „Die Bahn bringt nicht nur Castoren!“ Im Rahmen des Fahrgastrats setzt Rolf sich für eine bessere Taktung, kürzere Fahrzeiten und eine Verlängerung der Wendlandbahn nach Lüchow ein.

Berufliche Kompetenzen und Liebe zum Wendland – das sind die Gründe für Rolfs Mitarbeit im Vorstand des Dannenberger Arbeitskreises für Landeskunde und Heimatpflege (DALAH): Das Verständnis von Heimat sollte nicht den Rechten überlassen werden. Und dass er sich in seiner Freizeit als Imker („Bienen als Indikator für die Umwelt“) betätigt, passt da auch ins Bild!

“ Man fliegt nicht los, solange es keine Landebahn gibt

Rolf Schulze

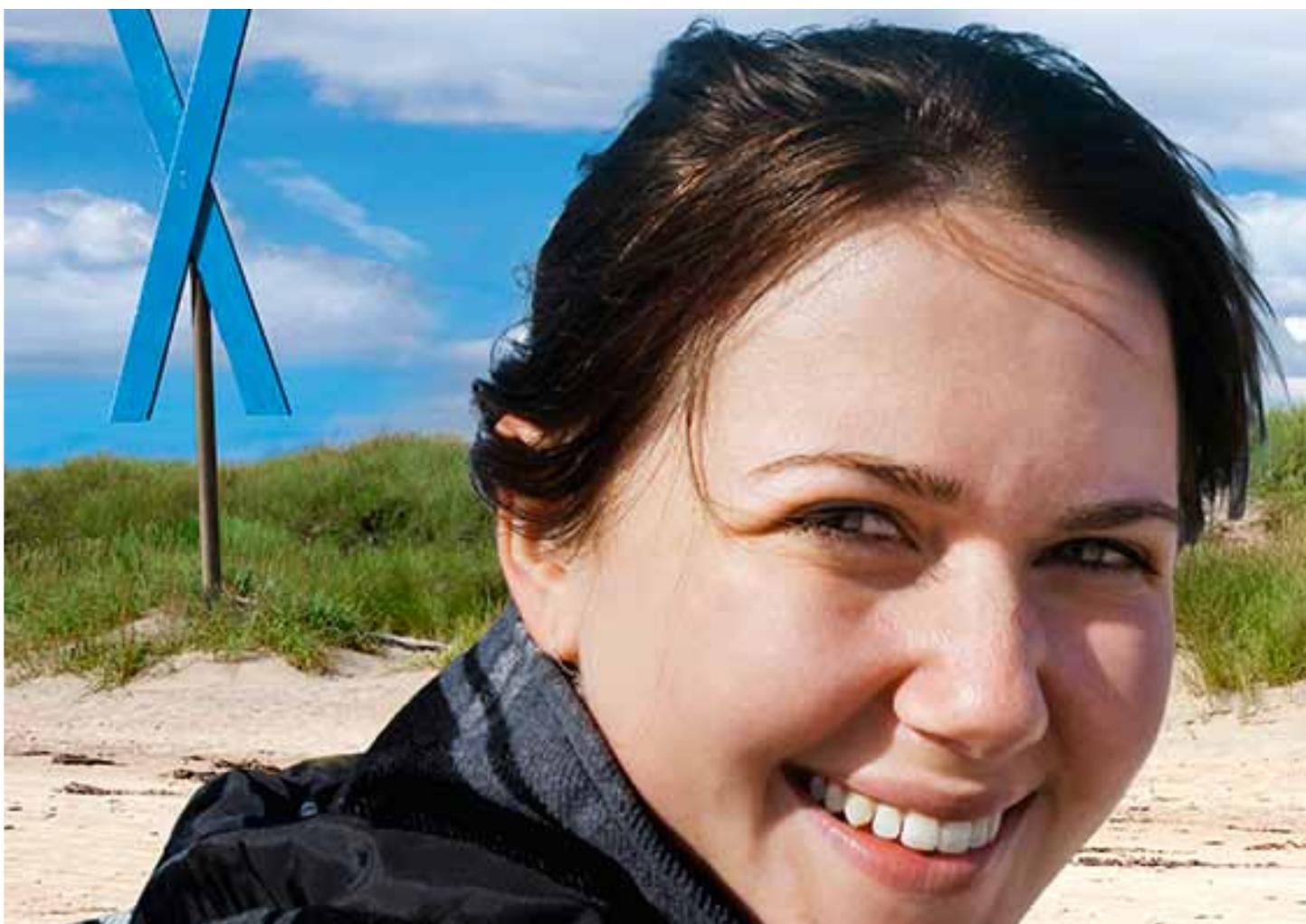




Jeg kæmper for min hjemegn.

For at beskytte Østersøregionen.
Mod Femern-tunnellen.
Mit symbol er det blå kryds.

Se mere på beltretter.de/bluecrosses



Das wendländische Widerstandssymbol ist so simpel wie wirkungsvoll: ein X als Zeichen der Sperre, des „Wir stellen uns quer“, die gelbe Signalfarbe in Anlehnung an die Farbgebung von Atommüllfässern. Die Wirkung von Ersterem hat man auch anderswo erkannt, nur die Farbe variiert: rote Xe finden sich in Nordfriesland als Zeichen des Widerstands gegen drohende CO₂-Verpressung, rot-schwarze Kreuze in der Heide, um gegen eine Neubaustrecke der Bahn zu protestieren. Auf Fehmarn tauchen nun vermehrt blaue Xe auf – und großformatige Plakate auf deutsch, englisch und dänisch. Hintergrund

ist der Protest der Anwohner/-innen gegen das Verkehrs-Großprojekt Fehmarnbeltquerung. Befürchtet wird – wie überall, wo Xe eingesetzt werden – die Zerstörung von Heimat zugunsten wirtschaftlicher Vorteile anderer. Auf der Ostseeinsel wird eine enorme Verkehrszunahme erwartet.

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de

AHAUS DEMO

SA/09/MÄRZ

atommuell-protest.de

**ATOMMÜLL-
ZWISCHENLAGER
DÜRFEN KEINE
ENDLOSLAGER
WERDEN!**



Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name..... Vorname.....
Straße..... Hausnummer.....
PLZ, Ort..... E-Mail.....
Datum..... Unterschrift.....

Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Informationsmaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

einmalig EUR

monatlich EUR

Kontoinhaber..... Name der Bank.....

BIC..... IBAN.....

Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

www.bi-luechow-dannenberg.de

